

Einleitung

Argentinien geriet zum Jahresende 2001 in die Schlagzeilen der Weltpresse. Am 20. Dezember trat der seit Dezember 1999 regierende Staatspräsident Fernando de la Rúa von der „Radikalen Bürgerunion“ (*Unión Cívica Radical*, UCR) inmitten einer desolaten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation zurück. Eine Welle von Protesten und Gewaltausbrüchen, der zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, erschütterte das Land bis in seine Grundfesten. Nicht weniger als drei Übergangspräsidenten lösten sich innerhalb von zwei Wochen ab, bevor mit der Ernennung eines weiteren Interimspräsidenten – des Peronisten Eduardo Duhalde – Anfang Januar 2002 zunächst eine Beruhigung der aufgeheizten sozialen Situation gelang.¹

Wo liegen die Ursachen für die Probleme des südamerikanischen Landes, dessen Bevölkerung sich zum großen Teil aus den Nachfahren von europäischen Einwanderern zusammensetzt und dessen Brutto-sozialprodukt pro Kopf noch in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts über dem Österreichs, Italiens und Japans lag (Waisman 1987: 6)? Wie konnte es dazu kommen, dass in einem einstmals reichen Land im Jahr 2001 vier Millionen Menschen vom Hunger bedroht waren, dass die Kinder in einigen Provinzen aufgrund von Mangelernährung nicht die ihrem Alter entsprechende Körpergröße erreichten und dass ein erheblicher Teil der mittleren und unteren Mittelschicht immer mehr verarmte?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden reicht es nicht aus, den Blick auf die Ursachen für das Scheitern der Regierung De la Rúa zu richten.² Der Amtsantritt De la Rúas markierte das Ende der Präsidentschaft von Carlos Menem, der Argentinien über ein Jahrzehnt lang, von Juli 1989 bis Dezember 1999, regiert hatte. Menem, der wie Duhalde der peronistischen „Gerechtigkeitspartei“ (*Partido Justicialista*, PJ) angehört, initiierte und implementierte grundlegende Reformen in zahlreichen Politikfeldern. Dies galt allem voran für die Wirtschaftspolitik, die sich

1 Zur jüngsten Krise des Landes siehe Fritz/Llanos (2002) u. Garzón Valdés (2002).

2 Zu den Entwicklungen seit dem Amtsantritt der Regierung De la Rúa siehe Ferraro/Llanos (2001), Nolte (1999) und Novaro (2001).

durch die entschiedene Abkehr von einer binnenmarktzentrierten, importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie auszeichnete. Stattdessen setzte die Regierung Menem auf eine marktorientierte Wirtschaftspolitik, auf die Privatisierung von Staatsunternehmen, Deregulierung und Öffnung gegenüber dem Weltmarkt. Die Reformen beschränkten sich aber nicht auf den wirtschaftlichen Bereich. Auch die Sozial-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Außenpolitik, um nur einige der wichtigsten Bereiche zu nennen, erfuhren grundlegende Veränderungen. Die Beurteilung dieser Reformen durch politische und akademische Beobachter fällt sehr unterschiedlich aus. Tatsache ist jedoch, dass die überkommenen Beziehungen zwischen den staatlichen Institutionen einerseits und den politischen und sozialen Akteuren andererseits im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts eine tiefgreifende Transformation erfuhren. Die soziale und politische Struktur des Landes zu Beginn des 21. Jahrhunderts unterschied sich grundlegend von der früherer Jahrzehnte.

Das vorliegende Buch – Ergebnis einer Zusammenarbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Argentinien und Deutschland – bietet eine Bilanz und Interpretation der unter Menem erfolgten Reformen. Wir knüpfen damit an zwei von Nolte/Werz (1996) bzw. von Sevilla/Zimmerling (1997) herausgegebene deutschsprachige Sammelbände an, die ebenso wie grundlegende argentinische Arbeiten weitgehend auf die erste Amtszeit Menems beschränkt sind (Acuña 1995; Palermo/Novaro 1996).

Im Eingangsbeitrag zeichnet *Sandra Carreras* die Grundlinien der argentinischen Entwicklung im 20. Jahrhundert bis zum Amtsantritt von Carlos Menem als Staatspräsident nach. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt der für den größten Teil des Jahrhunderts charakteristischen politischen Instabilität des Landes. Eine zentrale Ursache dafür macht sie darin aus, dass die Akteure der argentinischen Politik über weite Phasen des vergangenen Jahrhunderts in einem anomischen Kontext handelten, d.h. es bestand keine längerfristige, von allen Akteuren akzeptierte, Übereinkunft über allgemein verbindliche Spielregeln. Im Hinblick auf den Peronismus als politischem Phänomen, das die unterschiedlichsten Interpretationen erfuhr und in dessen Traditionen sich Carlos Menem trotz aller Reformen stets selbst verortete, kommt die Autorin zu dem Ergebnis, dass die Vielzahl von oft widersprüchlichen Interpretationen der peronistischen Identität nicht zufällig ist. Letztendlich kann sie damit erklärt werden, dass es sich um eine politische Bewegung handelt, die von Anfang an eine Vielfalt von Anschauungen in sich vereinigte.

Vor dem Hintergrund der lang anhaltenden institutionellen Instabilität wurde in Argentinien seit Mitte der 80er Jahre darüber diskutiert, ob das präsidentielle Regierungssystem auf der Grundlage der Verfassung von 1853 optimal dazu geeignet sei, die Stabilität und Konsolidierung der 1983 wiedergewonnenen Demokratie zu garantieren. Der damalige Präsident Alfonsín schuf eine Expertenkommission, die Vorschläge für eine Verfassungsreform erarbeitete. Dazu gehörte vor allem die Idee, das präsidentielle System durch Elemente einer parlamentarischen Demokratie zu modifizieren. Die politischen Machtverhältnisse in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ließen die Reformpläne Alfonsíns jedoch scheitern. Dass es schließlich unter Präsident Menem 1994 doch zu einer Verfassungsänderung kam, hing vor allem mit dessen Ambitionen auf eine Wiederwahl zusammen. Die alte Verfassung sah eine einmalige präsidentielle Amtsperiode von sechs Jahren und ein Verbot der Wiederwahl vor. Im November 1993 machten Menem und Alfonsín mit der Unterzeichnung des „Pakt von Olivos“ den Weg für eine Reform frei, die dann 1994 realisiert wurde. Die reformierte Verfassung reduzierte die Amtszeit des Präsidenten von sechs auf vier Jahre und eröffnete die Möglichkeit einer einmaligen unmittelbaren Wiederwahl. Präsident und Vizepräsident werden nach der neuen Verfassung nicht mehr von Wahlmännern gewählt, sondern direkt, wobei eine Stichwahl notwendig werden kann. Weitere wichtige Änderungen betrafen die Einführung der Direktwahl der Senatoren (erstmals 2001) sowie die Schaffung des Amtes eines Kabinettschefs. Letzteres war von der UCR zur Bedingung für eine Unterstützung der Reform gemacht worden. Die Machtposition des Kabinettschefs ist jedoch sehr schwach, er bleibt den Weisungen des Präsidenten unterworfen (Jackisch 1996; Nolte 1997).

Auch das in der Vergangenheit oft problematische Verhältnis zwischen Präsident und Kongress erfuhr durch die Verfassungsreform keine einschneidende Veränderung. Mariana Llanos analysiert in ihrem Beitrag, wie sich dieses Verhältnis in den 90er Jahren entwickelte und schlägt eine Neuinterpretation vor. Ihre Analyse bestätigt zwar einmal mehr die vom *mainstream* der Forschung wiederholt belegten zentralisierenden und unilateralen Tendenzen unter Menem, die auch mit dem Begriff „delegative Demokratie“ (O'Donnell 1994) charakterisiert wurden. Eine solche Interpretation der Funktionsweise der politischen Institutionen unter der Regierung Menem spiegelt die Realität jedoch nur teilweise wider. Als problematisch erweist sich unter anderem der Anspruch, die Funktionsweise der Institutionen in einer Krisensituation als dauerhafte Merkmale des politischen Regimes zu betrachten. Dem hervorgehobenen Status

der Exekutive entsprach jedoch nicht durchgehend eine schwache Legislative. Vielmehr erfuhr die Rolle des Kongresses insbesondere im Verlauf der zweiten Amtsperiode Menems eine gewisse Stärkung.

Die von Menem vollzogene grundlegende wirtschaftspolitische Wende kam für die meisten Beobachter überraschend, denn sie wurde von einer Regierung implementiert, von der man aufgrund der peronistischen Traditionen eine populistisch-etatistische Wirtschaftspolitik erwartet hatte, wie sie für die importsubstituierende Industrialisierungsphase bis Mitte der 70er Jahre charakteristisch war. *Katja Hujo* beschreibt in ihrem Beitrag, wie es mit dem im April 1991 verabschiedeten „Konvertibilitätsplan“ gelang, dem Land bis Ende 1994 eine beispiellose Stabilität mit hohen Wachstumsraten zu garantieren. Kernstück der neuen Wirtschaftspolitik war ein fixer Wechselkurs mit einer 1:1 Parität zum US-Dollar. Daneben standen die bereits angesprochenen marktorientierten Reformen auf der Tagesordnung. Trotz der anfänglichen Erfolge fällt Hujos Beurteilung der Menemschen Wirtschaftspolitik insgesamt negativ aus. Das Konvertibilitätsschema war zwar einer kurz- und mittelfristigen Stabilisierung dienlich, langfristig erwies es sich jedoch als Entwicklungsblockade. Extreme Deindustrialisierungsprozesse sowie eine Schrumpfung technologie- und arbeitsintensiver Branchen mit negativen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung waren die Schattenseiten einer Politik, aufgrund derer Argentinien in den 90er Jahren phasenweise zum „Musterschüler“ der internationalen Finanzorganisationen avancierte.

Auch im Bereich der Sozialpolitik strebte die Regierung eine grundlegende Wende an, die Parallelen zur ökonomischen Reformpolitik erkennen ließ. Ziel war eine Neudefinition der sozialpolitischen Rolle des Staates, vor allem die Einschaltung privater und lokaler Träger sowie die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente bei der Bereitstellung und Durchführung sozialer Dienstleistungen. Wie *Susana Sottoli* in ihrem Beitrag darlegt, dienten dazu Maßnahmen wie die Einrichtung armutsorientierter Sozialprogramme, die Teilprivatisierung der Rentenversicherung sowie Deregulierungs- und Dezentalisierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen. Insgesamt fehlte der Regierung Menem jedoch ein mittel- bis langfristig orientiertes sozial- und entwicklungspolitisches Konzept, das über die Stabilisierungs- und Wachstumserfolge der ersten Jahre hinausgewiesen hätte. Zudem zeichnete sich die „Ära Menem“ durch gravierende Defizite im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit sowie eine v.a. in der zweiten Hälfte des Jahrzehntes immer weiter wachsende Marginalisierung breiter Teile der Bevölkerung aus.

Kernpunkt der bildungspolitischen Reformen war die Erarbeitung, Verabschiedung und Implementierung des föderalen Bildungsgesetzes von 1993. *Cecilia Braslavsky* widerspricht in ihrem Beitrag der häufig geäußerten Ansicht, das öffentliche Bildungswesen Argentiniens sei in den 90er Jahren zerstört worden. Vielmehr habe nicht nur ein starker quantitativer Ausbau der Schul- und Universitätsausbildung stattgefunden, sondern darüber hinaus seien auch umfassende Veränderungen der noch aus dem 19. Jahrhundert stammenden Strukturen des Bildungswesens angestoßen worden. Fortschritte gab es u.a. hinsichtlich der Integration der Kinder und Jugendlichen aus ärmeren Bevölkerungsschichten in das Schulsystem, hinsichtlich der Modernisierung und Renovierung von Schulgebäuden, einer verbesserten Ausstattung vieler Bildungseinrichtungen sowie hinsichtlich einer Neugestaltung der Lehrpläne. Auch am Ende des Jahrzehnts bestanden jedoch noch große Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung eines angemessenen pädagogischen Konzeptes. Das Land war weit davon entfernt, allen Schülerinnen und Schülern geeignete Bildungsleistungen zu garantieren, um so den Herausforderungen des XXI. Jahrhunderts erfolgreich begegnen zu können.

Die Außenpolitik der Regierung Menem gilt gemeinhin als ein Bereich, in dem ein besonders starker Wandel stattgefunden habe. Wie der Beitrag von *Klaus Bodemer* zeigt, trifft dies aber nur bedingt zu. Die außenpolitischen Prioritäten der 90er Jahre lauteten: Verbesserung und Vertiefung der Beziehungen mit den USA, Ausbau der Beziehungen mit den lateinamerikanischen Nachbarn sowie Überwindung der Verhandlungsblockade gegenüber Großbritannien in der Falkland/Malvinas-Frage. Bodemer widerspricht der wiederholt vorgetragenen Etikettierung der Außenpolitik Alfonsíns als „idealistisch“ gegenüber einer „realistischen“ Außenpolitik Menems. Trotz gewisser Akzentverschiebungen von Alfonsín zu Menem sei die ethische Unterfütterung der Außenpolitik in den ersten Jahren der UCR-Regierung angesichts der traumatischen Jahre der zurückliegenden Militärdiktatur nicht weniger realistisch gewesen als die Fokussierung der Menemschen Außenpolitik auf Fragen des wirtschaftlichen Wachstums und des Außenhandels. Zudem habe auch die optimistische Erwartung Menems und seines Außenministers Guido di Tella, dass eine weitgehende Unterordnung unter die Interessen der USA zu handfesten ökonomischen Vorteilen für Argentinien führen werde, durchaus idealistische Züge enthalten.

Im Anschluss an die Analyse der Reformen in den wichtigsten Politikfeldern widmet sich der Band der Frage, wie sich das Verhalten der relevanten soziopolitischen Akteure angesichts der neuen Herausforderun-

gen entwickelte. *Peter Birle* untersucht die grundlegenden Tendenzen im Bereich der politischen Parteien und des Parteiensystems und gelangt zu der Schlussfolgerung, dass das Parteiensystem seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1983 in mancherlei Hinsicht positive Entwicklungen verzeichnete und gegen Ende der 90er Jahre im Hinblick auf einige der von der Politikwissenschaft als relevant erachteten Kriterien zur Konsolidierung eines demokratischen Parteiensystems durchaus zufriedenstellende Werte aufwies. Dies betraf vor allem das im Vergleich zu früheren Jahrzehnten geringere Ausmaß an Polarisierung, Extremismus und Fragmentierung. Trotzdem trug das Parteiensystem dazu bei, dass die gravierenden Probleme des Landes nicht in angemessener Art und Weise angegangen wurden. Die größten Defizite des Parteiensystems bestanden in Form des innerparteilichen Personalismus, Faktionalismus und Klientelismus sowie in der – in mancherlei Hinsicht damit zusammenhängenden – Unfähigkeit zur Bildung regierungsfähiger Koalitionen.

Die Auswirkungen der wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen führten auch für Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu fundamental geänderten Rahmenbedingungen. Wie *Héctor Palomino* aufzeigt, stieß die traditionelle Strategie der Druckausübung auf den Staat zur Durchsetzung sektoraler Vorteile angesichts des neuen Umfeldes auf enge Grenzen. Besonders gravierend für die Gewerkschaften erwies sich die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit. In einem Land, das traditionell unter Arbeitskräftemangel litt und das selbst in den krisenhaften 80er Jahren nicht mehr als 6% Arbeitslose verzeichnete, stieg die offizielle Arbeitslosenrate Mitte der 90er Jahre auf 18%. Hinzu kam ein wachsender Anteil von Unterbeschäftigten und in prekären Beschäftigungsverhältnissen Tätigen. Die für lateinamerikanische Verhältnisse mächtigen argentinischen Gewerkschaften erfuhren durch diese Entwicklungen eine gravierende Schwächung. Sie spalteten sich zudem in rivalisierende Dachverbände. Auch auf die Privatwirtschaft hatte die marktorientierte Wirtschaftspolitik keine einheitlichen Auswirkungen. Vor allem Agrarproduzenten sowie kleine und mittlere Industrie- und Handelsunternehmen gerieten unter Druck. Die Unternehmerverbände waren kaum dazu in der Lage, die Regierungspolitik zu beeinflussen, zum bevorzugten Gesprächspartner des Staates avancierte das Finanzestablishment.

Die Massenmedien genossen trotz mancher Defizite hohe Akzeptanz von Seiten der Bevölkerung und übernahmen in den 90er Jahren in mancherlei Hinsicht Funktionen, die eher Polizisten, Staatsanwälten und Richtern zukommen. Grundsätzlich, so konstatiert *Frank Priess* in seinem Beitrag, setzten sich auch im Medienbereich Marktkriterien mehr oder

weniger durch, allerdings ohne dass eine wirksame Konzentrationskontrolle stattgefunden hätte. Die Qualität der Berichterstattung wies problematische Tendenzen auf. Eine Qualitätskontrolle, sei es durch öffentliche Instanzen oder durch eine freiwillige Selbstkontrolle der Medien, fand nicht statt, so dass die Einschaltquote zum nahezu ausschließlichen Maßstab der Programmgestaltung wurde. Die Beziehungen zwischen Medien und Politik zeichneten sich dadurch aus, dass die Medien, v.a. das Fernsehen, der politischen Auseinandersetzung immer mehr ihre Produktionslogik aufzwangen. Andererseits versuchten viele Politiker, sich die Produktionslogik der Medien – und nicht zuletzt die Unerfahrenheit vieler Journalisten – zunutze zu machen. Die Wahlkämpfe wurden spätestens in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auch in Argentinien immer mehr zu reinen Medienwahlkämpfen.

Die Streitkräfte avancierten im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einem zentralen Akteur der argentinischen Politik. Seit dem ersten Putsch im Jahr 1930 wurden Phasen der zivilen Herrschaft immer wieder durch Militärregierungen unterbrochen, zuletzt durch die Diktatur der Jahre 1976 bis 1983. Auch nach ihrem Rückzug in die Kasernen sorgten die Militärs in den 80er Jahren durch mehrere Aufstandsversuche für Unruhe. Erst nach der Begnadigung der wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilten Militärs und der konsequenten Niederschlagung eines erneuten Aufstandes im Jahr 1990 kehrte mehr Ruhe ein. *Rut Diamint* zeichnet die Militärpolitik der Regierung Menem nach und zeigt auf, dass es trotz einiger Modifikationen diesbezüglich auch zahlreiche Kontinuitätslinien gegenüber den 80er Jahren gab. Die Streitkräfte waren zwar in den 90er Jahren nicht mehr dazu in der Lage, die allgemeine politische Tagesordnung gemäß ihren Interessen zu gestalten und übten auch in sicherheitspolitischen Fragen keinen dominierenden Einfluss aus, gleichwohl versuchten sie wiederholt, sich in die nationale Politik einzumischen. Die Militärs akzeptierten die Spielregeln der Demokratie, sie hielten sich selbst als politischen Akteur jedoch nach wie vor nicht für völlig unentbehrlich. Auch wenn zu keinem Zeitpunkt die Gefahr eines erneuten Staatsstreiches bestand, waren autoritäre Konzeptionen auch am Ende des 20. Jahrhunderts nicht vollständig aus den militärischen Institutionen verschwunden. Trotz eindeutiger Fortschritte im Hinblick auf eine Demilitarisierung der Gesellschaft wies Argentinien somit auch am Ende der Regierungszeit von Präsident Menem bedeutende Schwächen im Hinblick auf das Idealmodell ziviler Suprematie auf.

Im abschließenden Beitrag setzt sich *Peter Thiery* mit der Frage auseinander, inwiefern in Argentinien in den 90er Jahren von einer funktio-

nierenden rechtsstaatlichen Demokratie die Rede sein konnte. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sind skeptische Haltungen, wie sie beispielsweise in Guillermo O'Donnells These einer delegativen Demokratie oder im Begriff „Hyperpräsidentialismus“ zum Ausdruck kamen. Argentinien unter Menem konnte demnach als Paradebeispiel für ein politisches System gelten, in dem sich zwar Wahlen als alleiniger Modus zur Besetzung der zentralen Herrschaftspositionen in Exekutive und Legislative durchgesetzt hatten, wo sich jedoch die einmal gewählte Regierung gezielt von rechtsstaatlichen Kontrollmechanismen abgekoppelt habe. Obwohl derartige Befürchtungen nach der reibungslosen Amtsübergabe von Menem an seinen Nachfolger De la Rúa zum Teil als überholt bzw. überakzentuiert galten, warnt Thiery vor voreiligen positiven Schlussfolgerungen. Wesentliche Funktionselemente einer Demokratie haben sich gefestigt und wurden nicht mehr in Frage gestellt, aber die rechtsstaatlichen Strukturen erwiesen sich als schwach und prekär. Die Kontrolle der Exekutive konnte nicht in ausreichendem Maße gewährleistet werden, ein hybrides Rechts- und Justizsystem begünstigte die Herausbildung undurchsichtiger, parallel zu den demokratischen Institutionen operierender, Machtflechte. All dies äußerte sich in der Ausbreitung von Korruption, Straflosgkeit, Rechtsunsicherheit und legislativer Anmaßung von Seiten der Exekutive. Thiery weist darauf hin, dass Argentinien laut *Transparency International* Ende der 90er Jahre weltweit zu denjenigen Ländern gehörte, in denen die Korruption ein äußerst gravierendes Problem darstellte. Von einer gelungenen Institutionalisierung der Demokratie oder gar von deren Konsolidierung konnte infolgedessen auch Ende der 90er Jahre nicht die Rede sein, auch wenn starke demokratische Gegenkräfte ein Überhandnehmen negativer Tendenzen verhinderten.

Ein Buch über die Regierung Menem wäre unvollständig ohne einige Anmerkungen über jenen Mann, der sein Land wahrscheinlich mehr verändert hat als irgendein anderer Politiker seit Juan Domingo Perón (1946-1955) und der aufgrund seines Charismas, seines von der argentinischen Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgten Privatlebens³ und seines politischen Stils auch immer wieder den Weg in die internationalen Medien fand.⁴ Carlos Saúl Menem Akil, so sein vollständiger

3 Siehe zum Beispiel Wornat (1999 u. 2000), Vázquez (2000) und Walger (1994).

4 Bilder wie die des mit dem Fußballer Diego Armando Maradona oder mit der Rockgruppe *Rolling Stones* posierenden Menems gingen genauso um die Welt wie die Menems vor einem knallroten Ferrari, der ihm geschenkt worden war und den er – nach langen Querelen – letztendlich doch nicht behielt. Zum Folgenden siehe Leuco/Díaz (1988); Menem (1989) u. Cerutti (1996).

Name, wurde 1930 als Sohn syrischer Einwanderer in La Rioja, einer der ärmsten und rückständigsten Provinzen Argentiniens, geboren. Im Jahr 1950 war er einer von vielen Jugendlichen, die einen Preis im Rahmen der zu Propagandazwecken von Eva Perón ins Leben gerufenen Sportwettkämpfe erhielten. Von diesem Zeitpunkt an wurde die von Perón ins Leben gerufene Bewegung, die sowohl in der argentinischen Parteienlandschaft als auch in den Gewerkschaften fest verankert war, zu seiner politischen Heimat.

Nach dem Abschluss eines Jurastudiums an der Universität von Córdoba im Jahr 1955 war Menem als Rechtsanwalt in La Rioja tätig. 1957 verbrachte er einige Zeit im Gefängnis, nachdem er seine Sympathie für einen Aufstandsversuch gegen die Militärregierung, welche 1955 Perón gewaltsam von der Macht vertrieben hatte, äußerte. Kurz danach wurde er Vorsitzender der verbotenen peronistischen Jugendorganisation *Juventud Peronista* in La Rioja. Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre arbeitete er mit der linksgerichteten peronistischen Organisation *Montoneros* zusammen und erhielt die Unterstützung des sozial engagierten und deshalb später ermordeten Bischofs Angelelli. Gleichzeitig kooperierte er mit den konservativen Kräften der Provinz. Bei den Wahlen am 11. März 1973, an denen erstmals seit 1955 wieder die peronistische PJ teilnehmen durfte, wurde Menem mit 67% der Stimmen zum Gouverneur von La Rioja gewählt. Nach dem Tod Juan Peróns und dem deutlichen Rechtsruck der Regierung von María Estela Martínez de Perón distanzierte er sich zunehmend von der peronistischen Linken.

Nach dem Putsch am 24. März 1976 setzten die Militärmachthaber ihn ab. Die nächsten zwei Jahre verbrachte Menem im Gefängnis. 1978 wurde er auf Bewährung frei gelassen, er durfte jedoch nicht in seine Heimatprovinz zurückkehren. Seitdem zeichnete sich sein Leben durch eine Mischung aus politischer Betätigung und Jet-Set-Dasein aus. Bei den ersten freien Wahlen nach dem Ende der Diktatur wurde Menem am 30. Oktober 1983 erneut zum Gouverneur von La Rioja gewählt, 1987 gelang ihm mit 63% der Stimmen die Wiederwahl. Innerhalb der peronistischen Partei engagierte sich Menem in den 80er Jahren in der „Erneuerungsbewegung“, er bemühte sich dabei aber stets um ein eigenständiges Profil und distanzierte sich gegen Ende des Jahrzehnts immer stärker von der – diskreditierten – „politischen Klasse“ des Landes. Als politischer *outsider*, der das Auftreten eines Provinzcaudillos des 19. Jahrhunderts nachahmte, konnte er sich 1988 bei den ersten direkten Vorwahlen in der Geschichte der PJ überraschend als deren Präsidentschaftskandi-

dat gegen den Anführer der Erneuerer und damaligen Parteivorsitzenden Antonio Cafiero durchsetzen.

Im Mai 1989 gewann Menem als Kandidat der *Frente Justicialista Popular*, eines Wahlbündnisses der PJ mit mehreren kleinen Parteien, die zweiten Präsidentschaftswahlen seit dem Ende der Diktatur gegen Eduardo Angeloz, den Kandidaten der regierenden UCR. Nach dem vorzeitigen Rücktritt des seit Dezember 1983 regierenden Präsidenten Raúl Alfonsín inmitten einer aufgewühlten wirtschaftlichen und sozialen Situation übernahm Menem am 9. Juli 1989 vorzeitig das Amt des Staatspräsidenten. Am 14. Mai 1995 wurde er für weitere vier Jahre im Amt bestätigt, nachdem die Verfassungsreform von 1994 eine einmalige Wiederwahl ermöglicht hatte. Menems Mandat endete am 10. Dezember 1999.

Auch nach dem Ende seiner Amtszeit sorgte Menem in mehrfacher Hinsicht weiterhin für Aufregung. Bereits frühzeitig hatte er sich den Parteivorsitz der PJ bis 2003 gesichert und seine Ambitionen auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2003 zum Ausdruck gebracht. Sein politischer Stern, der bereits im Verlauf seiner zweiten Amtsperiode stark verblasst war, sank jedoch weiter, und in Umfragen avancierte der einstmals so populäre Menem zu einem der unbeliebtesten Politiker des Landes.

Schlagzeilen über das Privatleben Menems gab es schon seit den 70er Jahren. Eine wichtige Episode mit politischen Konsequenzen war seine 1990 erfolgte Scheidung und die damit verbundene Schwächung des Einflusses der aufständischen Militärs *Carapintadas*, die enge Verbindungen mit seiner damaligen Ehefrau Zulema Yoma aufgebaut hatten. Als Menem im Mai 2001 die fast 40 Jahre jüngere Chilenin Cecilia Bolocco, eine bekannte Fernsehmoderatorin und ehemalige Miss Universum, heiratete, versuchte er möglicherweise, den Medienerfolg seiner politischen Ahnen Juan und Eva Perón zu wiederholen.

Nur wenige Tage später eröffnete die argentinische Justiz ein formales Ermittlungsverfahren gegen Menem und stellte den knapp 71jährigen am 7. Juni 2001 unter Hausarrest. Die am 4. Juli erhobene Anklage lautete unter anderem auf „Bereicherung im Amt“ und „Gründung einer kriminellen Vereinigung“. Dem ehemaligen Präsidenten wurde, genauso wie vielen seiner politischen Weggefährten, vorgeworfen, 1993 in illegale Waffenverkäufe nach Kroatien und Ecuador verwickelt gewesen zu sein. Das Gericht ordnete Untersuchungshaft an, die Menem wegen seines Alters jedoch nicht im Gefängnis verbringen musste. Stattdessen wurde er auf dem Anwesen eines befreundeten Unternehmers unter Arrest gestellt, bis der Oberste Gerichtshof ihn nach einem äußerst umstrittenen

Urteil im November 2001 wieder auf freien Fuß setzte. Ob die politische Karriere Menems noch einmal eine Fortsetzung findet, bleibt abzuwarten. Tatsache ist, dass seine zehnjährige Regierungszeit, die von Anfang an von Skandalen und Korruptionsvorwürfen begleitet war, die argentinische Gesellschaft, Wirtschaft und Politik grundlegend verändert hat.

Die Reformen der Regierung Menem wurden von Anfang an sehr kontrovers diskutiert, auch wenn die Wiedererlangung wirtschaftlicher Stabilität nach Jahrzehnten der Hoch- und Hyperinflation viele Kritiker lange Zeit vorsichtig agieren ließ. Spätestens die Ende des Jahres 2001 offen ausgebrochene wirtschaftliche und politische Krise zwang dazu, sich erneut mit den Argumenten der Reformbefürworter und –kritiker auseinander zu setzen. Ganz offensichtlich war Argentinien weit davon entfernt, seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme überwunden und politische Stabilität erreicht zu haben, wie dies viele offizielle Stellungnahmen im Verlauf der 90er Jahre suggerierten. Vielmehr traten mit aller Deutlichkeit die Ergebnisse einer langen Geschichte der Illusionen und des Scheiterns zu Tage. Der argentinische Rechtsphilosoph Ernesto Garzón Valdés sprach mit Blick auf die zehnjährige Regierungszeit unter Carlos Menem von einer „neoliberalen Illusion“ (Garzón Valdés 2000: 323ff.). Wenn es Argentinien gelingen soll, zukünftige Illusionen zu vermeiden, aus Fehlern zu lernen und einen tragfähigen Entwicklungspfad einzuschlagen, so setzt dies zunächst eine gründliche und nüchterne Analyse der im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts gemachten Erfahrungen voraus – ohne die Reformen zu dämonisieren, aber auch ohne sie zu mythifizieren. Dies ist das Ziel des vorliegenden Buches.

Literaturverzeichnis

- Acuña, Carlos H. (Hrsg.) (1995): *La nueva matriz política argentina*, Buenos Aires: Ediciones Nueva Visión.
- Cerutti, Gabriela (1996): *El Jefe. Vida y obra de Carlos Saúl Menem*. Buenos Aires: Planeta.
- Ferraro, Agustín/Llanos, Mariana (2001): „Wahlen in Argentinien. Niederlage, Rezession und Politikverdrossenheit: Kann Präsident De La Rúa weiter regieren?“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 20, 209-215.
- Fritz, Barbara/Llanos, Mariana (2002): „Reasons to cry, Argentina! Das Land steht vor einem ökonomischen Scherbenhaufen. Schadensbesichtigung, Ursachenforschung und erste Analyse der Rettungsversuche“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 3, 25-32.
- Garzón Valdés, Ernesto (2000): *El velo de la ilusión. Apuntes sobre una vida argentina y su realidad política*, Buenos Aires: Editorial Sudamericana.

Garzón Valdés, Ernesto (2002): *Fiünf Thesen zur politischen Lage in Argentinien*, Vortrag am Ibero-Amerikanischen Institut Preußischer Kulturbesitz, 20.2.2002 (mimeo).

Jackisch, Carlota (1996): „Die Verfassungsreform von 1994 und die Wahlen vom 14. Mai 1995“, in: Nolte/Werz, 125-132.

Kern, Alejandra/Nolte, Detlef (2001): „Argentinien nach dem ersten Jahr der Präsidentschaft von Fernando de la Rúa: zwischen der Melancholie des Tango und dem Prinzip Hoffnung“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 3, 25-38.

Leuco, Alfredo/Díaz, José Antonio (1988): *El heredero de Perón. Menem entre Dios y el diablo*. Buenos Aires: Planeta.

Menem, Carlos (1989): *Yo, Carlos Menem. Compilación y testimonios*. Prof. Enrique Pavón Pereyra. Buenos Aires: CEYNE.

Menem, Carlos (31999): *Universos de mi tiempo: un testimonio personal*, Buenos Aires: Editorial Sudamericana.

Nolte, Detlef (1997): „Die argentinische Verfassungsreform von 1994: Vorgeschichte und Ergebnisse“, in: Betz, Joachim (Hrsg.): *Verfassungsgebung in der Dritten Welt*, Hamburg: Deutsches Übersee Institut, 76-100.

Nolte, Detlef (1999): „Was kommt nach Menem? Die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober 1999“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 20, 173-182.

Nolte, Detlef (2001): „Trendwende in Argentinien? Ist Domingo Cavallo erneut Retter?“, in: *Brennpunkt Lateinamerika* 6, 61-68.

Nolte, Detlef/Werz, Nikolaus (Hrsg.) (1996): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, Frankfurt am Main: Vervuert.

O'Donnell (1994): „Delegative Democracy“, in: *Journal of Democracy* 5, 55-69.

Palermo, Vicente/Novaro, Marcos (1996): *Política y poder en el gobierno de Menem*, Buenos Aires: Grupo Editorial Norma.

Sevilla, Rafael/Zimmerling, Ruth (Hrsg.) (1997): *Argentinien. Land der Peripherie?*, Bad Honnef: Horlemann.

Vázquez, Luciana (2000): *La novela de Menem. Ensayo sobre la década incorregible*, Buenos Aires: Editorial Sudamericana.

Verbitsky, Horacio (1992): *Robo para la corona. Los frutos prohibidos del árbol de la corrupción*, Buenos Aires: Planeta.

Verbitsky, Horacio (1993): *Hacer la corte. La construcción de un poder absoluto sin justicia ni control*, Buenos Aires: Planeta.

Verbitsky, Horacio (1997): *Un mundo sin periodistas: las tortuosas relaciones de Menem con la ley, la justicia y la verdad*, Buenos Aires: Planeta.

Waisman, Carlos H. (1987): *Reversal of Development in Argentina. Postwar Counterrevolutionary Policies and their Structural Consequences*, Princeton: Princeton University Press.

Walger, Sylvina (1994): *Pizca con champán. Crónica de la fiesta menemista*, Buenos Aires: Espasa Calpe.

Wornat, Olga (1999): *Menem. La vida privada*, Buenos Aires: Planeta.

Wornat, Olga (2001): *Menem-Bolocco S.A.*, Buenos Aires: Ediciones B.